

Der Bundesminister für europäische
und internationale Angelegenheiten

Dr. Michael Spindelegger

XXIV. GP.-NR

6871 /AB

19. Jan. 2011

18. Jänner 2011

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag.^a Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

zu 6870 /J GZ. BMeiA-AT.90.13.03/0114-I.5/2010

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Johannes Hübner, Kolleginnen und Kollegen haben am 19. November 2010 unter der Zl. 6970/J-NR/2010 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Mietunterstützung für die OPEC“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Das Amtssitzabkommen Österreich – OPEC (BGBl. Nr. 382/1974 idF BGBl. III Nr. 99/2001) beinhaltet die 1996 per Notenwechsel zwischen dem Außenministerium und der OPEC eingegangene Verpflichtung der Republik Österreich die Mietkosten für die Liegenschaften in 1020 Wien, Obere Donaustraße 93, die den damaligen Amtssitz der OPEC bildeten, zu tragen. Diese Vereinbarung galt so lange, bis die Regierung in der Lage war, einen geeigneten Platz als dauernde Amtssitzliegenschaft für die OPEC zur Verfügung zu stellen. Mit dem neuen OPEC Amtssitz Wipplingerstraße 33 ist die Republik Österreich ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung hinsichtlich eines dauernden Amtssitzes nachgekommen.

Die Republik Österreich refundiert der OPEC seit dem Jahre 1996 die Nettomietkosten. Die Stadt Wien leistet dem Bund für die Übernahme der Mietkosten auf Grund einer Vereinbarung aus dem Jahr 1996 einen Kostenbeitrag zu den Nettomietkosten mit einem

/2

Kostenteilungsschlüssel von 50:50. Der Bundesanteil ist im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten budgetiert.

Zu Frage 4:

Gemäß Wertsicherungsklausel im Mietvertrag für das Amtsgebäude Obere Donaustraße 93 erhöhten sich die Mietkosten für die Monate Jänner bis Oktober 2009 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2008 um EUR 11.511,90 (nur Bundesanteil).

Der Umzug von der Liegenschaft Obere Donaustraße 93 in das neue Amtsgebäude in der Wipplingerstraße 33 erfolgte im November 2009. Durch die höhere Miete des neuen Amtssitzes erhöhten sich die Mietkosten für die Monate November bis Dezember 2009 um € 69.895,88 (nur Bundesanteil).

Zu den Fragen 5 bis 10:

Die Übernahme der Nettomiete des neuen Amtsgebäudes wurde mit Änderungsprotokoll zum o.z. Amtssitzabkommen BGBl. III Nr. 97/2010 vom 25. August 2010 mit jährlich € 1.884.000 (wertgesichert) festgelegt. Die Stadt Wien hat sich im Interesse der Erhaltung der OPEC am Amtssitz Wien neuerlich bereit erklärt, sich auch an den Mietkosten für das nunmehrige Objekt Wipplingerstraße 33 mit einem Anteil von 50 % zu beteiligen.

Mit dieser nunmehr endgültigen Lösung konnte der Verbleib der OPEC langfristig gesichert werden.

Die Übernahme der Nettomiete erfolgt aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung. Eine Reduktion oder ein Auslaufen der Unterstützung der OPEC sind daher nicht möglich und werden auch nicht angestrebt.

